

Peter Baumgartner
Novemberstraße 30
9300 St. Veit an der Glan
Tel.: 0664 2634362
E-Mail: ibbs@a1.net

Datum: 25. 6. 2024

An das
Bundeskanzleramt Österreich
Ballhausplatz 2
1010 Wien

Copie: OBS GmbH./Wien

EINSCHREIBEN

Betreff: Protest gegen die Demokratie feindliche Wahlberichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und gegen die Steuergeld beziehenden Medien.

Sehr geehrte Damen und Herrn,

der schlechte Zustand unserer Demokratie wird fast täglich von allen möglichen Seiten beklagt und die Politik erinnert mit Recht daran, dass demokratische Verhältnisse nicht selbstverständlich sind und dass zum Erhalt der Demokratie jeder seinen Beitrag leisten muss. Ich bringe vor diesem Hintergrund hiermit meinen scharfen Protest gegen die Wahlberichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und gegen die „Qualitätsmedien“ zum Ausdruck und begründe das folgendermaßen:

Zum Sachverhalt:

Demokratische Wahlen leben aus meiner Sicht von grundsätzlichen Voraussetzungen. Diese sind u.a. Wahlwerber, die rechtmäßig und nach für alle Kandidaten gleichermaßen gültigen Regeln, auf den amtlichen Stimmzettel kommen. Es braucht weiters Wählerinnen und Wähler, die von ihrem Stimmrecht nach unabhängigen Informationen Gebrauch machen. Es braucht auch eine öffentlich-rechtliche Berichterstattung, die unabhängig, unbeeinflusst und unparteiisch über die anstehende Wahl und deren Wahlwerber berichtet. Und es braucht eine staatliche Kontrolle, die die Einhaltung der Regeln für eine demokratische Wahl überwacht und gegen Zuwiderhandlungen entsprechend der hohen Bedeutung für die Demokratie reagiert.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die Qualitätsmedien ignorieren in meiner Wahrnehmung Kleinparteien bei der Wahlberichterstattung regelmäßig und konsequent. Zuletzt wurden die KPÖ Plus und die Partei DNA bei der EU-Wahl fast vollständig aus dem öffentlichen Blickfeld verbannt. In der Öffentlichkeit musste

zwangsläufig der Eindruck entstehen, Kleinparteien haben ohnehin keine Chance und keinen Einfluss auf die Wahlentscheidung und man braucht sich mit ihren Wahlprogrammen daher gar nicht zu beschäftigen. Die staatliche Reaktion darauf war gleich Null.

Ich halte das demokratiepolitisch für falsch und äußerst gefährlich. Öffentlich-rechtliche Medien, dazu zähle ich auch Medien, die wesentliche Förderungen und Subventionen aus Steuergeld erhalten, haben die Verpflichtung, alle wahlwerbenden Parteien, die rechtmäßig auf den Stimmzettel gekommen sind, gleichermaßen zu behandeln und zu berücksichtigen. Und ich sehe die staatliche Verpflichtung, als maßgeblicher Finanzierer der öffentlich-rechtlichen Medien, darauf zu achten, dass alle Wahlwerber medial fair behandelt werden.

Meine dahingehend schriftlich geäußerten Proteste gegenüber den öffentlich-rechtlichen Medien wurden bisher ignoriert.

Zu meiner Forderung:

Als Gebührenzahler des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und als Steuerzahler erwarte ich von der Bundesregierung und von den dafür zuständigen Stellen, dass sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Fördergeld beziehenden Medien nachvollziehbar öffentlich zur Einhaltung der demokratischen Spielregeln bei Wahlen im Sinne der Gleichbehandlung auffordern. Rechtzeitig vor der Nationalratswahl ergibt sich dafür eine gute Gelegenheit. Weiters erwarte ich nachhaltige und wirksame Sanktionen im Wiederholungsfall, wenn diese Spielregeln nicht eingehalten werden. Im Idealfall sollen diese Sanktionen gesetzlich festgeschrieben werden.

Bis zur persönlich nachvollziehbaren Wahrnehmung, dass meinem Protest Rechnung getragen wird, stelle ich die Überweisung des ORF-Beitrages an OBS ein. Der ORF-Beitrag beträgt derzeit Euro 15,30/mtl. Ich werde diese Summe bis zur wahrnehmbaren Umsetzung meiner Forderungen an eine Demokratie fördernde Zivilgesellschaft überweisen (mehr demokratie! die parteiunabhängige initiative für eine stärkung direkter demokratie - md!) und damit den entsprechenden Nachweis meiner grundsätzlichen Zahlungsbereitschaft für eine demokratische Medienarbeit dokumentieren.

Dieser Brief ergeht gleichlautend per Mail an die Medien und an die Parlaments-Klubs der Parteien.

Mit freundlichen Grüßen. – Peter Baumgartner